

Schwerpunkte der SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2015

Gesagt, getan, gerecht: Was wir als nächstes umsetzen

Das Jahr 2014 war ein erfolgreiches Jahr für die Sozialdemokratie in der Großen Koalition. Wir haben viel erreicht: Ob Mindestlohn, Rente, Energiewende, Pflege, ausgeglichener Haushalt, Kommunen, Doppelpass, BAföG: An vielen Stellen wird für die Menschen spürbar, was die SPD durch ihre Regierungsbeteiligung versprochen und umgesetzt hat. Und auch das Jahr 2015 wird die SPD als treibende Kraft dieser Koalition prägen.

2015 wird zeigen: Die SPD in der Regierung verändert dieses Land. Ob die Umsetzung der Frauenquote, neue Energie für den Klimaschutz, bezahlbare Mieten oder gleicher Lohn für gleiche Arbeit: wir arbeiten weiter daran, das Leben der Menschen Stück für Stück zu verbessern, unsere Gesellschaft zu modernisieren und die Wirtschaft auf Erfolgskurs zu halten. Gesagt, getan, gerecht!

I. MENSCHENWÜRDIGE UND GUT BEZAHLTE ARBEIT

Zum 1.1.2015 ist der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Kraft getreten und wird damit für 3,7 Mio. Menschen zum ersten Mal spürbar. Das ist ein großer und hart erkämpfter Erfolg der Sozialdemokratie. Wir werden 2015 sicherstellen, dass der Mindestlohn auch konsequent eingehalten und kontrolliert wird – damit Lohndumping keine Zukunft mehr hat. Außerdem wird der Mindestlohn um Maßnahmen ergänzt, die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen: Leiharbeiter dürfen maximal 18 Monate eingesetzt werden. Und nach neun Monaten Leiharbeit gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Mit einem eigenen Programm werden wir zudem Langzeitarbeitslosen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Auch weltweit setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen ein. Unser Ziel ist, dass unsere Handelspartner die ILO-Kernarbeitsnormen umsetzen. Wir werden außerdem den internationalen Menschenhandel und die Zwangsprostitution bekämpfen und die Regulierung des Prostitutionsgewerbes verbessern.

UNSERE ZIELE

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Verbesserung der Situation für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter**
- **Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen**
- **Neustart bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit**
- **Zwangsprostitution bekämpfen, Prostitution besser regeln**

II. GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

Es ist eine gute Nachricht für die vielen qualifizierten Frauen in diesem Land: 2015 kommt die gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte. Aber die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist damit noch nicht vom Tisch – besonders bei der Frage, ob Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz wollen wir diesem Ziel näher kommen.

UNSERE ZIELE

- **Verabschiedung einer gesetzlichen Frauenquote**
- **Gleicher Lohn für Frauen und Männer durch ein Entgeltgleichheitsgesetz**

III. FACHKRÄFTE, INVESTITIONEN & INNOVATIONEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Der deutsche Arbeitsmarkt brummt, trotz einer schwächeren Konjunktur in den Schwellenländern und der südlichen Eurozone. Die Beschäftigung ist auf Rekordniveau und die Wachstumsaussichten für 2015 übertreffen die der letzten drei Jahre. Auf dieser Basis schaffen wir gute Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze. Denn auf Deutschland kommen große Herausforderungen zu: Eine Fachkräftelücke von sechs Mio. Menschen bis 2022, ein Nachholbedarf bei öffentlichen und privaten Investitionen, insbesondere auch der Breitbandversorgung, sowie die Gestaltung der Energiewende.

Deshalb legen wir in 2015 einen Schwerpunkt darauf, die Investitionsbedingungen für Unternehmen zu verbessern und den Fachkräftebedarf zu sichern. Wir bauen Bürokratie ab und tragen zur Fachkräfteförderung bei, indem wir die berufliche Bildung verbessern und das Potential von jungen Erwachsenen fördern, die bisher kaum Qualifikationen erworben haben. Wir werden eine gezielte Investitionsstrategie vorlegen, um private Investitionen in Energie- und Kommunikationsnetze zu stärken.

UNSERE ZIELE

- **Stärkung privater und öffentlicher Investitionen durch eine Investitionsstrategie**
- **Neuer Schwung im Bürokratieabbau**
- **Reform des Meister-BAföG und Allianz für Fachkräfte**
- **Förderung des Spracherwerbs für Zuwanderer zur Sicherung qualifizierter Fachkräfte**
- **Ausbau der digitalen Infrastruktur und mehr Investitionen in Verkehrswege**
- **Mittelstandsfreundliches Vergaberecht für öffentliche Aufträge**

IV. NEUE ENERGIE FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Die Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) war der erste Baustein, um die Energiewende wieder auf die Erfolgsspur zurückzuführen. Damit verläuft der Ausbau der Erneuerbaren Energien in geordneten Bahnen. Aber auch der Strommarkt und die Energienetze müssen angepasst werden, um Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten. Dazu stehen in einem Grünbuch Vorschläge zur Diskussion, über die 2015 entschieden wird. Wir wollen so die Akzeptanz der Energiewende bei den Bürgerinnen und Bürgern sichern.

Auch im Kampf gegen den Klimawandel haben wir 2014 Erfolge erzielt: Die Europäische Union hat sich neue Einsparziele bis 2030 gesetzt – und das Kabinett hat ein Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und einen Aktionsplan für mehr Energieeffizienz beschlossen, die wir nun gesetzlich umsetzen. Damit stärken wir auch unsere Position in den Verhandlungen zu einem neuen weltweiten Klimaschutzabkommen, das in Paris 2015 als Kyoto-Nachfolgeprogramm beschlossen werden soll.

UNSERE ZIELE

- **Neues Strommarktdesign für Versorgungssicherheit und Preisstabilität**
- **Fortschritte im Netzausbau**
- **Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz**
- **Ein neues weltweites Klimaschutzabkommen ab 2020**

V. FRIEDEN BEWAHREN UND VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Wir setzen uns mit den Mitteln der Diplomatie für Frieden und Stabilität in der Welt ein. Wir legen einen Schwerpunkt auf die zivile Krisenprävention und Konfliktregelung. Wo nötig, erhöhen wir unsere humanitären Hilfen. In Afghanistan wird Deutschland auch nach dem Ende des ISAF-Einsatzes präsent sein, um mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit und durch Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte nachhaltig zum friedlichen Aufbau Afghanistans beizutragen.

Im eigenen Land gehen wir mit gebotener rechtsstaatlicher Härte gegen extremistischen Terror vor. Wir werden es nicht tolerieren, wenn Einzelne Unfrieden säen oder gar offen den Terrorismus im Nahen Osten unterstützen. Wir werden auch die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzen, der die Mängel der deutschen Strafverfolgung bei der Aufklärung der NSU-Morde untersucht hat.

UNSER ZIEL

- **Frieden schaffen durch Diplomatie, Völkerrecht und humanitäre Solidarität**
- **Extremismus rechtsstaatlich verfolgen**
- **Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses in der Justiz und beim Verfassungsschutz**

VI. VERBRAUCHER & MIETER SCHÜTZEN

Ein wichtiger Fortschritt für die Verbraucher kommt im Frühjahr 2015: Dann wird die Mietpreisbremse beschlossen – und sobald die Länder sie umgesetzt haben, schützt sie vor exzessiven Mietsteigerungen bei Wiedervermietungen. Und ab dann gilt auch bei der Beauftragung von Immobilienmaklern: Wer bestellt, der bezahlt.

2015 werden wir auch den Verbraucherschutz auf dem Finanzmarkt verbessern. Bei der Überziehung des Girokontos wird es Warnhinweise geben und die staatliche Finanzmarktaufsicht soll dem Verbraucherschutz dienen. Auf EU-Ebene wollen wir die Verhandlungen zum Datenschutz abschließen. Unser Ziel ist es, hohen Datenschutz zum Standortfaktor für unsere Wirtschaft zu machen und die Bürgerrechte im digitalen Zeitalter zu schützen.

UNSERE ZIELE

- **Exzessive Mietsteigerungen durch die Mietpreisbremse stoppen und ein Bestellerprinzip bei Immobilienmaklern**
- **Verbesserung des Verbraucherschutzes auf dem Finanzmarkt**
- **Verabschiedung der EU-Datenschutz-Grundverordnung**
- **Verbot von Fracking**
- **Initiative für gesunde Ernährung**

VII. MENSCHENWÜRDIGES STERBEN ERMÖGLICHEN

Wir wollen 2015 die Sterbehilfe gesetzlich regeln. Doch wie wollen wir in unserer Gesellschaft das Ende des Lebens gestalten und Menschen beim Sterben begleiten? Auf der einen Seite wünschen sich viele Menschen ein Sterben in Selbstbestimmung, ohne Leiden und ohne Schmerzen. Auf der anderen Seite besteht große Unsicherheit durch die Angebote gewerbsmäßiger Sterbehilfevereine sowie über die Möglichkeiten und Pflichten der Ärzte. In einem breit angelegten Diskussionsprozess wollen wir auf diese Fragen im Bundestag Antworten finden.

UNSERE ZIELE

- **Eine gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe auf Grundlage eines breit angelegten gesellschaftlichen Diskussionsprozesses**
- **Stärkung der Palliativmedizin und Hospize**

VIII. SICHERHEIT UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das friedliche Miteinander aller Religionen in unserem Land stärken. Wir kämpfen mit allen Mitteln des Rechtstaates gegen Terroristen und die Feinde unserer demokratischen und freiheitlichen Grundordnung. Gefahren für die Sicherheit der hier lebenden Menschen wollen wir wirksam abwehren. Deshalb werden wir die Reise von Islamisten in Kriegsgebiete noch härter als bislang unter Strafe stellen. Wir schaffen außerdem einen neuen Straftatbestand, um die Finanzierungsquellen von Terrororganisationen auszutrocknen. Ergänzend dazu werden wir durch Änderungen im Personalausweisgesetz die Ausreise gewaltbereiter Extremisten erschweren. Wir werden prüfen, ob die Beobachtungs- und Fahndungskapazitäten unserer Sicherheitsbehörden aufgestockt werden müssen. Gleichzeitig gilt es, die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zu intensivieren. Daneben bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa zu verhindern.

Mit einem neuen Einwanderungsgesetz wollen wir klare Regeln schaffen, welchen Arbeitskräften mit welchen Qualifikationen wir künftig die Zuwanderung unter welchen Bedingungen ermöglichen wollen. Ungeachtet dessen wird Deutschland auch in Zukunft seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und Flüchtlinge aus Kriegsgebiete aufnehmen. Tatsache ist: Einwander tragen schon heute maßgeblich zu unserem Wohlstand bei. Angesichts der demografischen Entwicklung sind wir dringend auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Deshalb brauchen wir eine bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse auf unserem Arbeitsmarkt, die frühzeitige Förderung von Sprachkompetenz sowie eine gezielte Arbeitsvermittlung von Einwanderen und Flüchtlingen.

UNSERE ZIELE

- **Unsere demokratische Grundordnung und innere Sicherheit entschlossen mit den Mitteln des Rechtsstaates schützen.**
- **Gesellschaftlichen Zusammenhalt und interkulturellen Dialog stärken. Für ein friedliches Miteinander aller Religionen in unserem Land.**
- **Neues Einwanderungsgesetz, das gute und transparente Rahmenbedingungen für qualifizierte Zuwanderung schafft.**

IX. EINE MODERNE UND FAIRE HANDELSPOLITIK

Die Europäische Kommission verhandelt derzeit weitreichende Handelsabkommen mit Kanada und den USA. Obwohl beide Länder zu den wichtigsten Handelspartnern der EU zählen, gibt es noch kein Handelsabkommen. Gerade für die deutsche mittelständische Wirtschaft sind diese Verhandlungen eine Chance, einen besseren Markzugang in Kanada und den USA zu bekommen. Gleichzeitig haben die Verhandlungen in der Bevölkerung Ängste hervorgerufen. Wir setzen uns daher bei der Europäischen Kommission und unseren europäischen Partnern dafür ein, dass Folgendes gewährleistet ist:

UNSER ZIEL

- **Transparente Verhandlungen der Handelsabkommen mit Kanada und den USA**
- **Gewährleistung der bestmöglichen Standards für Beschäftigte, Verbraucherinnen und Verbraucher und im Umweltschutz**
- **Keine Einschränkung der Gesetzgebungsmacht der Parlamente durch Sonder-Gerichtsbarkeiten.**

X. KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN UND FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Nur finanziell gesunde Kommunen können investieren und ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen. Im vergangenen Jahr hat der Bund daher umfangreiche finanzielle Hilfen für Kommunen auf den Weg gebracht und die Städtebauförderung erhöht. 2015 werden die Kommunen im Vorgriff auf ein Bundesteilhabegesetzes nochmals um 1 Mrd. Euro entlastet.

Ein besonderer Kraftakt ist für viele Kommunen derzeit die Aufnahme von über zweihunderttausend Flüchtlingen, die vor Krieg und Gewalt Schutz in Deutschland suchen. Diese Menschen müssen menschenwürdig aufgenommen und untergebracht werden. Bereits 2014 haben wir hierfür unter anderem finanzielle Hilfen und eine leichtere Überlassung von Bundesimmobilien auf den Weg gebracht. Im nächsten Jahr werden wir Städte und Gemeinden bei der Aufnahme von Flüchtlingen noch stärker finanziell unterstützen.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen in Deutschland keinen Platz haben. Um Flüchtlinge und Asylsuchende bei der Integration zu helfen, haben wir erhebliche rechtliche Verbesserungen durchgesetzt: Asylsuchende können nun schneller eine Arbeit aufnehmen und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. Sie erhalten einen besseren Zugang zu Sprachkursen und können leichter den Wohnort wechseln. Und wir werden die Bearbeitungszeit für Asylanträge entsprechend dem Koalitionsvertrag auf maximal 3 Monate begrenzen.

UNSER ZIEL

- **Kein Platz für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland**
- **Weitere finanzielle Entlastung für Kommunen**
- **Unterstützung der Kommunen bei Flüchtlingsunterbringung**
- **Bleiberecht für langjährig in Deutschland Geduldete**